

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

66 (7.3.1933) Der Arbeiter im Betrieb

Der Arbeiter im Betrieb

Beilage für die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation - Erscheint jeden Dienstag

Amtswalter und Mitglieder der NSBO.

Der Monat Februar stand für uns im Zeichen des Gau-Befehls. Zu gleicher Zeit mußte aber neben der Werbung von neuen Mitgliedern die ganze Kraft eingeleistet werden, um in diesem letzten Reichstagswahlkampf, den wir führten, der Bewegung unseres Führers Adolf Hitler zum Sieg zu verhelfen.

Gewaltige Arbeit wurde von jedem einzelnen Amtswalter und Mitglied in den vergangenen Wochen geleistet und wir dürfen uns des errungenen Erfolges freuen. So hart die Arbeit war, so groß war auch der Erfolg.

Der Monat Februar brachte uns im Gau Baden einen Neuzugang von 1500 Mitgliedern.

Nach diesem gewaltigen Erfolg und dem Siege unserer Bewegung am 5. März spreche ich jedem Amtswalter und Betriebszellenmitglied Dank und Anerkennung aus.

Amtswalter und Betriebszellenmitglieder!

Unser Führer Adolf Hitler hat die Landesobmänner der Betriebszellen-Organisation am Mittwoch vergangener Woche zu sich gerufen und uns vor neue gewaltige Aufgaben gestellt. Die NSBO wird in dem weiteren Kampf gegen den Gesamt-Marxismus in den Betrieben eine große Aufgabe zu erfüllen haben. Es wird der Tag kommen, wo wir tariffähig werden und der Arbeiterschaft weiterhin beweisen können, was nationalsozialistische Arbeitermer-Politik heißt, im Gegensatz zu den bisherigen Handlungen der verräterischen Arbeiterführer.

Um nun noch weitere Millionen deutscher Arbeiter, die bisher von Marxisten verführt wurden, zu gewinnen, darf deswegen kein Amtswalter und kein Mitglied auf den errungenen Vorbeeren ansuchen, sondern unsere Parole heißt:

Nun erst recht ran an den Feind!

War der Monat Februar ein voller Erfolg in unserem schweren Kampfe, so muß der Monat März uns weitere 2000 neue Mitglieder bringen. Darum Sturmriemen herunter.

Der März ist zum Großkampfmonat erklärt.

Heil Hitler! gez. Fritz Plattner,
Gau-Betriebszellenleiter und Landesobmann
Südwest

Regierung Hitler gegen weitere Tariflohnensenkungen

Die marxistischen Volksbetrüger haben dem deutschen Arbeiter jahrelang das Märchen aufgetischt, eine Regierung Hitler werde die Interessen der Schwerindustrie, kurzum der Ausbeuter, vertreten, die Rechte der Arbeiter schmälern, Tarifverträge, Gewerkschaften u. a. m. einfach zerstören. Diese schändliche Lüge wagte eine Partei aufzustellen, die in ihrer Regierungszeit nichts anderes getan hat, als dem Arbeiter, auf dessen Schultern sie an die Macht gelangt war, den Brotkorb höher zu hängen.

Marxistische Minister, Schlichter usw. waren es, die das Lohnniveau des schaffenden Volkes bis unter das Existenzminimum kürzten, die brutalsten international-kapitalistischen Ausbeutermethoden funktionierten, die heinade die Hälfte der deutschen Arbeitsarmee um die Betriebe brachten.

Diese Volksverräter wagten es, dem nationalen Sozialismus Eingriffe in die Rechte der deutschen Arbeiterschaft nachzusagen, die diesen Flage zum Siege geführt, dessen Führer selbst ein Mann des Volkes, ein Mann aus dem Arbeiterstande ist.

Jetzt hat die Hitlerregierung deutlich erklärt, daß sie einen Eingriff in das Tarifrecht, darüber hinaus eine weitere Drosselung des deutschen Arbeitseinkommens für verwerflich und gemeingefährlich halte. Diese Erklärung hat den Schandmännern hoffentlich den Atem genommen. Für uns war es selbstverständlich; es hätte einer solchen Erklärung gar nicht bedürft. Gewiß kann man dem deutschen Arbeiter nicht von heute auf morgen Arbeitsverhältnisse und Einkommen schaffen, die seiner Leistung entsprechen. Erste Pflicht jedes verantwortungsvollen Volksgenossen ist, zuerst und zuletzt dafür zu sorgen, daß der Millionenarmee der Hungernden geholfen wird, jener Kernstern

der Armen, die seit Jahren aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden sind. Das erreicht man jedoch nicht, indem man nun kurzerhand alle Einkommen noch weiter kürzt, um hieraus Mittel für die Bekleidung der Arbeitslosen herauszuschlagen.

Marxistische Wirtschaftsverbrecher wollen die gesamte Arbeit und damit auch das gesamte Einkommen des Volkes auf alle verteilen, so daß schließlich keiner mehr leben könnte.

Der Hebel muß an anderer Stelle eingesezt werden. Es gilt, die noch erhaltenen volkswirtschaftlichen Werte einzusehen, jede ruhende Hand wieder einer Arbeitsstätte zuzuführen, um so langsam Stein auf Stein zu dem großen Werke des allgemeinen Aufbaues zu setzen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden gerne Opfer bringen, die in ihrer Kraft liegen. Eine weitere Kürzung ihres Einkommens aber bringt nichts anderes als neue Erwerbslosigkeit. Deshalb wird die Regierung Hitler keine neue Senkung der Tarife mehr zulassen. Jedem das Seine, den Ertrag seiner Arbeit zu geben, das ist das große Ziel, dem wir langsam zuzusteuern müssen.

Stürmt die Betriebe!

Die ersten Erfolge der Liste „Nationale Sozialisten“

Die Schlacht um das Reich hat der Nationalsozialismus unter Führung des deutschen Volkstanzlers am 5. März gewonnen. Nun

gilt es, den Marxismus aus den Betrieben zu verdrängen.

Heute können wir mit Genugtuung feststellen, daß es überhaupt keinen Betrieb mehr gibt, in dem keine Nationalsozialisten an der Werkbank stehen oder an der Schreibmaschine sitzen. Wenn diese Vorkämpfer für ein besseres Deutschland auch noch nicht überall die Mehrheit haben, sie werden sie in einem unermüdbaren Kampf erringen.

Wenige Ergebnisse der Betriebsrätewahlen liegen erst vor und doch sehen wir einen unerhörten Vormarsch des nationalen Sozialismus. Dort, wo vor Wochen noch eine Naziliste unmöglich gewesen wäre, ist heute eine solche aufgestellt und sie wird siegen!

Die ersten Ergebnisse:

Liste vereinigen und erhielt 1 Mandat, während sie bisher keines hatte.

Beim forstwirtschaftlichen Betrieb der Gemeinde Oberharmersbach wurde von jeder Arbeitnehmergruppe nur je eine Liste der „Nationalen Sozialisten“ eingereicht, die damit als einziger in die Liste gewählt gilt.

Bei der Druckerei J. J. Reiff, Karlsruhe, wo das badische Hauptorgan der NSDAP, „Der Führer“ und das Blatt der badischen NSBO, „Der Betriebsstürmer“ hergestellt wird, wurden ebenfalls nur je eine Liste „Nationaler Sozialisten“ eingereicht, die damit als einstimmig gewählt gilt.

So flattern die Banner der deutschen Revolution über den Betrieben.

Wo sie noch nicht wehen, gilt es, sie zu setzen. Nationale Sozialisten! Stürmt die Betriebe!

Was ist „Rehal“?

Die Hauptfachgruppe „Verkehrswesen“ in der NSBO schreibt uns:

Jeder im Verkehrswesen tätige Volksgenosse ist ständig der Gefahr ausgesetzt, bei Ausübung seines Berufes Schaden anzurichten und hierfür haftpflichtig gemacht zu werden.

Diese Gefahr ist zwar bei allen Berufen vorhanden, aber, wie leicht eingesehen werden kann, ist sie im öffentlichen Verkehr bei weitem am größten. Die ungewöhnliche Zunahme der Unfälle im Straßenverkehr und die damit zusammenhängende Vermehrung von Schadensersatz-Prozessen sind ein schlagender Beweis für die besondere Gefährdung der im Verkehrsbereich Tätigen.

Hier will die „Rehal“ helfend eingreifen. Was die „Rehal“ ist?

Das wissen heute schon sehr viele unserer Berufsangehörigen in allen Landesteilen Deutschlands. Für diejenigen, die unserer Bewegung noch fern stehen, wollen wir es nochmals näher erläutern.

Die „Rehal“ ist die Rechtschutz- und Haftpflichtunterstützungskasse der NSBO, die ihren Mitgliedern auch gegebenenfalls Inhabiter-Unterstützung gewährt. Sie schützt jeden Volksgenossen, der seinen Lebensunterhalt im Verkehrswesen verdient; das sind vor allem Hochbahner, Straßenbahner, Untergrundbahner, Chauffeure, Befahrer, Lokomotivführer, Schaffner, Fahrdienstleiter, Postkraftfahrer, Kutscher usw.

Gegen den geringen Beitrag von 1,20 RM. monatlich gewährt die „Rehal“ für die erwähnten Berufsgruppen Haftpflichtschutz, und zwar bis zum Betrage von 300 RM. vollen Ersatz, bis zum Betrage von 1875 RM. 80 Prozent. Daneben werden Prozesskosten bis zur Höhe von 400 RM. voll getragen einschließlich der Gebühren für den Rechtsbeistand. Auch im Verwaltungsstreit-Verfahren, die einen Haftpflichtfall zur Grundlage haben, wird kostenloser Rechtschutz gewährt; es wird sich hierbei in der Hauptsache um Konzeptions- oder Führerschein-Entziehungen handeln.

Wird ein Mitglied der „Rehal“ in dem geschilderten Zusammenhange mit einer Freiheitsstrafe belegt oder in Untersuchungshaft genommen, so erhält seine Familie nach 12 Beitragsmonaten eine Unterstützung, die bis zu 27 RM. wöchentlich steigt.

Alle Leistungen der „Rehal“ sind Pflichtleistungen, ganz im Gegensatz zu der „Fakulta“ des Verkehrsbundes, die auf Freiwilligkeit basiert. Jede Freiwilligkeit der Leistung wirkt sich aber in einer derartigen Organisation im Laufe der Zeit unförmlich aus. Nur zu leicht wird derjenige, der sich mißliebiger gemacht hat, wenn er keinen Rechtsanspruch hat, weniger erhalten, als ein anderer. Wenn gar die Kassen leer sind, kann überhaupt nicht gezahlt werden.

Schon aus diesem Grunde muß jeder denkende Volksgenosse unsere „Rehal“, einer frei-

willigen Klasse bei weitem vorziehen. Hinzu kommt aber noch, daß die „Rehal“ billiger arbeitet als alle ähnlichen Einrichtungen.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß es in den „Rehal“-Bedingungen ausdrücklich heißt, daß die Pflicht zur Ersatzleistung nur besteht, wenn vorher im Zivilprozeß ein Urteil ergangen ist. Diese Vorschrift war notwendig, um Mißbrauch der „Rehal“ abzuwenden. Denn wenn diese Bedingung nicht bestände, wäre einer „Einkaufung unter der Hand“ Tür und Tor geöffnet, selbst dann, wenn überhaupt kein Anspruch auf Schadensersatz besteht. Es ist selbstverständlich, daß in allen „Fakulta“-Fällen die „Rehal“ von der Führung eines Prozesses absteht, der doch nur Kosten verursacht, die sie selbst zu tragen hat; andererseits wird aber jeder Einsichtige verstehen können, daß die „Rehal“ Abwehrmittel schaffen mußte, um egoistischen Wünschen Einzelner entgegenzutreten und damit im Sinne unseres Wahlprüches

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“

wirken zu können. Als besonders vorteilhaft ist noch folgendes hervorzuheben:

Scheidet ein Mitglied wegen Arbeitslosigkeit aus der „Rehal“ aus, tritt aber später wieder ein, so braucht nicht die ganze Vartezeit nochmals durchlaufen werden, sondern nur derjenige Teil, der noch verbleibt; gegebenenfalls entfällt die Vartezeit gänzlich. Mit anderen Worten: jedes Mitglied wird bei seinem Wiedereintritt in den gleichen Rechtszustand verlegt, in welchem es sich vor der Unterbrechung befand.

Entgegen den Bestimmungen der gewerkschaftlichen „Fakulta“ werden bei der „Rehal“ Schäden an dem vom Mitglied gelenkten Fahrzeug ebenfalls ersetzt, ausgenommen sind Kraftfahrzeuge aller Art. Jedoch bei Postkraftwagen und Omnibussen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, können auch solche Schäden mit versichert werden, wenn der betreffende Fahrer 1,80 RM. monatlich (statt üblicherweise 1,20 RM.) bezahlt.

Es wird eine Einschreibgebühr von 0,50 RM. einmalig erhoben. Vorbedingung für die Mitgliedschaft ist die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation. Die Anwartschaften auf die Leistungen der „Rehal“ sind kurzfristig gestaffelt, so daß schon nach längstens einem Jahr volle Ersatzansprüche bestehen.

Dieserjenige Volksgenossen, die der „Rehal“ beitreten wollen, können Antrags-Formulare sowie die gedruckten Richtlinien von dem zuständigen Gau-Hauptabteilungsleiter VI oder auch vom NSBO-Kreisleiter anfordern.
Dr. R.

Und nun zum Sturm

in den Betrieben • Die Liste „Nationale Sozialisten“ muß siegen!